

# Schriftliche Prüfung der fachlichen Eignung für das Kleintransportgewerbe Teil I

FRAGEN ZU:  
A Bürgerliches Recht

---

1. Welche Art von Verträgen ist für das Kraftfahrgewerbe NICHT von Relevanz?	
a	Beförderungsvertrag
b	Ehevertrag
c	Lohnfuhrvertrag
d	Werkvertrag

2. Muss ein Vertrag immer schriftlich sein, um gültig zu sein?	
a	Ja, immer und jeder Vertrag!
b	Nein, aber es muss ein Handschlag erfolgen.
c	Nein, sie können auch mündlich oder konkludent abgeschlossen werden.
d	Nur dann, wenn es entgeltlich ist.

3. Wie kommt ein Vertrag zustande?	
a	Durch Annahme eines Kostenvoranschlages
b	Durch Erstellung eines Kostenvoranschlages
c	Durch Erstellung eines Angebots
d	Durch Annahme eines Angebots

4. Was sind Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)?	
a	Bestimmungen, die automatisch bei jedem Vertrag zwischen Unternehmern gelten
b	Bestimmungen, die bei allen Verträgen gleich sind, einheitlich zusammengefasst und vereinbart werden müssen um Vertragsbestandteil zu werden.
c	Bestimmungen, die automatisch im B2B Bereich für Kaufverträge gelten
d	Bestimmungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind

5. Was passiert, wenn zwei Unternehmer unterschiedliche Bestimmungen in den AGB vorsehen?	
a	Die Bestimmungen werden nicht Bestandteil des Vertrages.
b	Es gilt jene Bestimmung, die der Auftraggeber angegeben hat.
c	Es gilt jene Bestimmung, die der Auftragnehmer angegeben hat.
d	Es gelten beide Bestimmungen, im Streitfall besteht Wahlrecht.

6. Was bedeutet Verzug?	
a	Es wird nicht an den vereinbarten Ort oder nicht auf die vereinbarte Art und Weise geliefert
b	Es wird nicht zur vereinbarten Zeit, nicht an den vereinbarten Ort oder nicht auf die vereinbarte Art und Weise geliefert
c	Es wird nicht zur vereinbarten Zeit oder nicht auf die vereinbarte Art und Weise geliefert
d	Es wird nicht zur vereinbarten Zeit oder nicht an den vereinbarten Ort geliefert

7. Was ist der Unterschied zwischen Gewährleistung und Garantie?	
a	Garantie ist gesetzlich verankert, Gewährleistung ist freiwillig.
b	Gewährleistung trifft immer den Hersteller, Gewährleistung trifft immer den Käufer.
c	Gewährleistung ist gesetzlich verankert, Garantie ist freiwillig.
d	Gewährleistung ist inhaltlich beschränkbar, Garantie ist hinsichtlich der Dauer gesetzlich beschränkt.

8. Was versteht man unter CMR?	
a	Ein internationales Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßenverkehr
b	Ein europäisches Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im europäischen Straßenverkehr
c	Ein internationales Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im Seeweg
d	Ein internationales Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Flugverkehr

9. Für welche Transporte ist die CMR anwendbar?	
a	Umzugsgut
b	Beförderung von Medizinprodukten
c	Postsendungen
d	Leichen
10. Was wird in der CMR NICHT geregelt?	
a	Formvorschriften
b	Reklamation
c	Haftung
d	Verjährung

11.	Welche Haftungsfälle sieht die CMR vor?
a	Verlust, Schaden am beförderten Gut, verspätete Ablieferung (Verzug)
b	Diebstahl, Personenschaden, Schaden am beförderten Gut
c	Verspätete Ablieferung, Personenschaden, Verlust
d	Personenschaden, Schaden am Fahrzeug, Diebstahl
12.	Wie hoch ist die Höchstgrenze der Entschädigung laut CMR?
a	€ 50 pro kg Rohgewicht
b	\$ 20 pro kg Rohgewicht
c	8,33 Sonderziehungsrechte
d	3,88 Sonderziehungsrechte

13.	Was ist die Höchstgrenze bei Beschädigungen an der Ware?
a	Nicht mehr, als der Betrag der beim gänzlichen Verlust zu zahlen wäre.
b	Die Hälfte des Marktwertes am gegenständlichen Tag.
c	Jener Wert, der vereinbart war abzüglich 20% Verlust-Satz.
d	Das Doppelte des Börsenwertes am nächsten Werktag.
14.	Welchen Inhalt muss ein innerstaatliches Begleitpapier haben? (zB Lieferschein)
a	Kostenvoranschlag, Beladeort, Entladeort und der Auftragnehmer
b	Beladeort, Entladeort, Befördertes Gut und der Auftraggeber
c	Befördertes Gut, Beladeort und die Adresse des Auftraggebers
d	Entladeort, Befördertes Gut und der Wert des Gutes

15. Für welche Mängel ist Gewähr zu leisten?	
a	Mängel die vertraglich vereinbart waren
b	Mängel die der Käufer verschuldet hat
c	Mängel die bereits zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware vorhanden sind
d	Mängel die nach einem Jahr entstehen
16. Welcher Inhalt ist NICHT zwingend im CMR Frachtbrief?	
a	Name des Empfängers
b	Anzahl, Zeichen und Nummern der Frachtstücke
c	Ort und Tag der Ausstellung
d	Name des Lenkers

17. Wie regelt die CMR die Verjährung?	
a	Grundsätzlich verjähren Ansprüche nach einem halben Jahr, außer bei Vorsatz nach 3 Jahren
b	Grundsätzlich verjähren Ansprüche nach einem Jahr, außer bei Vorsatz und Verschulden nach 3 Jahren
c	Grundsätzlich verjähren Ansprüche nie, außer bei Vorsatz und Verschulden nach 3 Jahren
d	Grundsätzlich verjähren Ansprüche nach zwei Jahr, außer bei Vorsatz und leichtem Verschulden nach 3 Jahren

18. Wozu ist ein Frachtführer verpflichtet, wenn er einen Beförderungsvertrag unterzeichnet?	
a	Zur Beförderung des entsprechenden Gutes zu einem beliebigen Zeitpunkt
b	Zum Einbau des beförderten Gutes am Abladeort
c	Zur Beförderung des entsprechenden Gutes zur vereinbarten Zeit an den vereinbarten Ort in der vereinbarten Art und Weise
d	Zum Abbau des Gutes am Beladeort

FRAGEN ZU:  
B Handelsrecht

---

1. Wer führt das Firmenbuch?	
a	Das Bezirksgericht
b	Landesgerichte, in Wien das Handelsgericht
c	Die Wirtschaftskammer
d	Die Arbeiterkammer

2. Wer führt das Grundbuch?	
a	Das Bezirksgericht
b	Das Landesgericht
c	Die Wirtschaftskammer
d	Die Arbeiterkammer
3. Wie viele Personen benötige ich für die Gründung einer OG?	
a	Es ist seit 2021 möglich eine Einzel-OG zu gründen
b	Es bedarf mindestens zweier Partner
c	Es müssen mindestens drei Personen unterzeichnen
d	Einer der Partner muss eine GmbH sein

4. Wer haftet unbeschränkt (=persönlich) bei einer Kommanditgesellschaft?	
a	Der Komplementär
b	Der Kommanditist
c	Der gewerberechtliche Geschäftsführer
d	Jeder leitende Angestellte
5. Wie hoch ist das Mindest-Stammkapital einer GmbH?	
a	€ 70.000,-
b	€ 10.000,-
c	€ 35.000,-
d	€ 100
6. Wie wird ein Insolvenzverfahren NICHT beendet?	
a	Konkursabweisung mangels Vermögen
b	Zwangsausgleich (Mindestquoten)
c	Konkurs (Liquidation)
d	Austritt des gewerberechlichen Geschäftsführers
7. Was ist eine Kapitalgesellschaft?	
a	KG
b	OG
c	Gesellschaft nach bürgerlichem Recht
d	GmbH
8. Wie entsteht eine Personengesellschaft (OG/KG)	
a	Durch Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages
b	Durch mündliche Abrede
c	Durch Eintragung im Firmenbuch
d	Durch Anmeldung bei der Gewerbebehörde

FRAGEN ZU:  
C Sozialrecht

---

1. Welche Personen müssen eine C95 Grundqualifikationsprüfung und regelmäßige Weiterbildung absolvieren?	
a	Wer gewerbliche Gütertransporte mit Fahrzeugen über 3,5 Tonnen durchführt
b	nur wer gefährliche Güter befördert
c	Alle Lenker von mehrspurigen Kraftfahrzeugen
d	Kraftfahrer, die eine abgeschlossene Berufskraftfahrer-Lehrausbildung haben

2. Wie wird ein Betriebsrat bestellt?	
a	Wird vom Arbeitgeber dazu berufen
b	Wird vom ÖGB dazu ernannt
c	Durch Wahl
d	Gar nicht, wenn der Firmenchef dies ausdrücklich untersagt

3. Wer hat die Kontrollbefugnis betreffend Einhaltung der gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten?	
a	AK und ÖGB
b	Finanzpolizei
c	ÖGK („Krankenkasse“)
d	Polizei + Arbeitsinspektorat

4. Wer sind die Vertragspartner eines Kollektivvertrags?	
a	der jeweilige Arbeitgeber und seine Mitarbeiter
b	WKO Fachverband + ÖGB vda
c	Die jeweilige Geschäftsleitung und der Betriebsrat
d	Im Kleintransportgewerbe gibt es keinen KV



5. Arbeiterkammer bzw. Wirtschaftskammer sind	
a	Behörden im Wirtschaftsleben
b	Interessenverbände mit freier Mitgliedschaft
<b>c</b>	<b>gesetzliche Interessenvertretungen mit verbindlicher Mitgliedschaft</b>
d	Teilorganisationen der staatlichen Gesetzgebung

6. Ein Arbeitsvertrag	
<b>a</b>	<b>dokumentiert zwischen Arbeitgeber + Arbeitnehmer vereinbarte Arbeitsbedingungen</b>
b	Ersetzt die Anwendung des Kollektivvertrags
c	Kann gesetzliche Ansprüche im Einvernehmen wieder einschränken
d	Muss zwingend von einem Rechtsanwalt erstellt werden

7. Die im Arbeitsvertrag vereinbarten Beschäftigungsbedingungen	
a	Gehen gesetzlichen Regelungen immer vor
b	Können Ansprüche aus dem Kollektivvertrag - wenn nötig - einschränken
<b>c</b>	<b>Dürfen gesetzliche und KV-Ansprüche nicht einschränken</b>
d	Können jederzeit einseitig wieder abgeändert werden

8. Ein Arbeitnehmer haftet für verursachte Schäden	
a	immer
b	Nie
<b>c</b>	<b>Bei grober Fahrlässigkeit</b>
d	Wenn vertraglich vereinbart

9. Arbeitnehmer-Pflichten im Falle eines Krankenstands	
a	Homeoffice
b	Kein Verlassen des Hauses
<b>c</b>	<b>Mitteilungs- und Nachweispflicht</b>
d	Notwendige Weiterbildungen absolvieren

10. In den ersten 6 Wochen von Krankenständen innerhalb eines Arbeitsjahres	
<b>a</b>	<b>Muss der Arbeitgeber Lohnfortzahlung leisten</b>
b	Besteht Anspruch auf Lohnfortzahlung, wenn dies vertraglich vereinbart wurde
c	Darf keine Kündigung des Arbeitnehmers erfolgen
d	Ist zu prüfen, wie weit Arbeiten dennoch zumutbar sind

11. Die Höhe der Lohnfortzahlung im Krankenstand und Urlaub	
a	Grundlohn für Normalstunden
b	Ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Fall-bezogen zu vereinbaren
c	Setzt der Betriebsrat fest
<b>d</b>	<b>Grundlohn für Normalstunden + regelmäßige Überstunden und Zuschläge</b>

12. Urlaubstermine	
a	Kann der Arbeitnehmer frei wählen
b	Werden vom Arbeitgeber vorgegeben/festgesetzt
<b>c</b>	<b>Sind von Arbeitgeber und Arbeitnehmer einvernehmlich zu gestalten</b>
d	Werden je zur Hälfte vom Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer festgelegt

13.	Bei einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses
a	Erfolgt die Auflösung des Dienstverhältnisses fristlos
<b>b</b>	<b>Müssen Kollektivvertragliche Fristen und Termine eingehalten werden</b>
c	Werden Fristen und Termine einvernehmlich festgelegt
d	Entscheidet der Betriebsrat über die Auflösung des Arbeitsvertrags

14.	Urlaubsanspruch pro Arbeitsjahr
a	Ist durch Vereinbarung festzulegen
<b>b</b>	<b>Beträgt 5 Wochen</b>
c	Steht erst ab dem zweiten Arbeitsjahr zu
d	Beträgt für alle Arbeitnehmer 6 Wochen

15.	Bei einer Entlassung
a	Erfolgt die Auflösung unter Einhaltung einer Frist laut Kollektivvertrag
<b>b</b>	<b>Muss die Auflösung unverzüglich erfolgen</b>
c	Wird der Auflösungsstermin zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart
d	Muss der Betriebsrat der Auflösung zustimmen

16.	Für Fahrten mit Fahrzeugen unter 3,5 Tonnen muss
a	Eine Tachoscheibe verwendet werden
b	Ein digitales Kontrollgerät benutzt werden
c	Kein Nachweis über den Lenkereinsatz erfolgen
<b>d</b>	<b>Ein Lenkprotokoll erstellt und mitgeführt werden</b>

17.	Im Lenkprotokoll erfolgen Aufzeichnungen über
a	Die Fahrgeschwindigkeit
<b>b</b>	<b>Lenkzeiten, Lenkpausen und Ruhezeiten</b>
c	Entlohnungsbedingungen im Fahrdienst
d	Orte, an denen Bundeslandgrenzen passiert wurden

18.	Die wöchentliche Normalarbeitszeit für Mitarbeiter im Kleintransportgewerbe beträgt
a	38,5 Stunden
b	35 Stunden
c	36,5 Stunden
<b>d</b>	<b>40 Stunden</b>

19.	Eine Lenkpause beim Einsatz auf Fahrzeugen unter 3,5 Tonnen
a	Kann, muss aber nicht erfolgen
b	Muss im selben Ausmaß erfolgen wie bei Fahrzeugen über 3,5 Tonnen
<b>c</b>	<b>Muss nach maximal 4 Stunden Lenkzeit mindestens 30 Minuten betragen</b>
d	Kann am Ende der Einsatzzeit nachgeholt werden

20.	Nach Ende einer Einsatzzeit
a	Muss eine Ruhezeit von 8 Stunden erfolgen
b	Kann gleich eine neue Einsatzzeit beginnen, wenn es erforderlich ist
c	Dürfen nur mehr andere Arbeiten als Lenkzeiten erfolgen
<b>d</b>	<b>Muss eine Ruhezeit von 11 Stunden eingelegt werden</b>

21. Arbeiten an einem Feiertag	
a	Sind gänzlich unmöglich und ausnahmslos verboten
<b>b</b>	Müssen zusätzlich (mit Zuschlag) abgegolten werden
c	Kann der Arbeitnehmer gänzlich verweigern
d	Werden wie jede andere Arbeit mit dem normalen Stundenlohn abgerechnet

22. Ein Mitarbeiter darf an einem Samstag Nachmittag eingesetzt werden	
<b>a</b>	Für Zustellungen im Online-/Handel
b	Generell wie an jedem anderen Tag
c	Keinesfalls
d	Nur auf Anweisung des Betriebsrats

23. Sonderzahlungen (Urlaubszuschuss + Weihnachtsremuneration)	
a	Stehen allen Arbeitnehmern in allen Branchen zu
b	Sind zu bezahlen, wenn diese vereinbart wurde
c	Stehen nicht zu, wenn ohnedies über dem KV-Stundenlohn bezahlt wird
<b>d</b>	sind aufgrund des Kollektivvertrags zu bezahlen

24. Wenn eine Erhöhung der KV-Löhne erfolgt	
<b>a</b>	müssen höhere tatsächliche Ist-Löhne nicht zwingend angehoben werden
b	Muss der Betriebsrat zustimmen, ob die Erhöhung ausreichend ist
c	Müssen höhere tatsächliche Ist-/Löhne auch angehoben werden
d	Kann mit den Mitarbeitern vereinbart werden, dass dennoch keine Lohnerhöhungen erfolgen, wenn dies wirtschaftlich notwendig ist

25. Diäten / Tagesgelder	
a	Können bei Dienstreisen vereinbart werden, müssen aber nicht bezahlt werden
<b>b</b>	Stehen Arbeitnehmern bei Arbeiten außerhalb des Dienstortes zu
c	Können steuerfrei in beliebig vereinbarter Höhe ausbezahlt werden
d	Stehen nur bei mehrtägigen Dienstreisen zu

26. Die Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Dienstverhältnis	
<b>a</b>	Muss innerhalb von 3 Monaten ab Fälligkeit erfolgen
b	Ist generell innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist möglich
c	Ist nach Auflösung eines Dienstverhältnisses nicht mehr möglich
d	Muss immer gerichtlich erfolgen

27. Kollektivvertrags-Anwendung im Kleintransportgewerbe	
a	Besteht nur für Arbeiter
<b>b</b>	Besteht für Arbeiter und Angestellte
c	Kann vereinbart werden
d	Kann abbedungen werden

**FRAGEN ZU:  
D Steuerrecht**

---

1. Welche USt-Steuersätze in Österreich gibt es?	
a	10%, 19%, 17%, 20%
b	10%, 20%, 13%, 19%
c	10%, 12%, 13%, 20%
d	10%, 20%, 30%, 19%

2. Was muss eine Rechnung laut USt-Gesetz enthalten?	
a	Brutto + Unterschrift
b	Netto + Ust
c	Telefonnummer +- Netto
d	Datum + Firmenstempel

3. Steuertatbestände für die USt	
a	Umsätze der Versicherungen
b	Lieferungen in Drittländer
c	Lieferungen und sonstige Leistungen im Inland gegen Entgelt
d	Lieferungen im EU-Raum an Kunden mit gültiger UID-Nummer

4. Wann ist die Umsatzsteuer fällig?	
a	Am 10. Des zweitfolgenden Monats
b	Am 15. Des nächsten Monats
c	Am 12. Des nächsten Monats
d	Am 15. Des zweitfolgenden Monats

5. Wer unterliegt der IST-Besteuerung?	
a	GmbH
b	Notare, Rechtsanwälte, Architekten
c	Dienstnehmer
d	Buchführungspflichtige Gewerbebetriebe

#### Kraftfahrzeugsteuern

6. Wie ist die NOVA zu entrichten?	
a	jährlich
b	Einmalig bei Neuanschaffung
c	monatlich
d	Einmalig bei Wiederverkauf

7. Wer bekommt die NOVA?	
a	ASFINAG
b	Land
c	Finanzamt
d	Gemeinde

8. Wer ist von der NOVA befreit?	
a	PKW bis 3,5 t
b	LKW
c	Mind. 80% gewerbliche Personenbeförderung
d	Private Nutzung von Firmen Pkw



9. Welche Fahrzeuge unterliegen dem Kraftfahrzeugsteuergesetz?	
a	Alle Kraftfahrzeuge
b	Bis 3,5 t
c	Alle widerrechtlich verwendeten Kraftfahrzeuge
d	Kombinationskraftwagen

10. Wovon hängt die Berechnung der motorbezogenen Versicherungssteuer ab?	
a	Kilometerstand
b	kW
c	fahrleistungsabhängig
d	Sonderausstattung

D3

11. Welche Sondermautstrecken gibt es?	
a	Großglockner Hochalpenstraße
b	Silvretta Hochalpenstraße
c	Brenner Autobahn
d	Villacher Alpenstraße

12. Ab welchem hzG besteht in Österreich eine streckenabhängige Mautpflicht?	
a	18 t
b	3,5 t
c	7,5t
d	12 t

13. Welche Fahrzeuge unterliegen der Versicherungssteuer?	
a	Bis 3,5 t
b	Bis 7,5 t
c	Bis 12 t
d	Über 18 t

14. Welche Steuern müssen sie bei einem Transport an einen Endverbraucher in ein Drittland entrichten?	
a	Fahrleistungsabhängige Maut
b	Keine Umsatzsteuer
c	NOVA
d	Umsatzsteuer

15. Wer ist Steuerschuldner bei der Kraftfahrzeugsteuer?	
a	Disponent
b	Lenker oder Zulassungsbesitzer
c	Auftraggeber
d	Endkunde
16. Was gehört zu den Gewinneinkünften lt. EStG?	
a	Einkünfte aus Kapitalvermögen
b	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
c	Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit
d	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit

17. Wie hoch ist die Buchführungsgrenze für Einzelunternehmen?	
a	Jahresumsatz € 400.000,-
b	Einheitswert € 150.000,-
c	Jahresumsatz € 700.000,-
d	Einheitswert € 300.000,-

18. Was sind außergewöhnliche Belastungen?	
a	Spenden
b	Beseitigung von Katastrophenschäden
c	Kirchenbeitrag
d	Steuerberatungskosten

19. Wie ist die Einkommensteuer zu entrichten?	
a	Monatlich beginnend am 1.1.
b	Vierteljährlich beginnend am 15.2.
c	Halbjährlich beginnend am 1.1.
d	Jährlich am 30.6.

20. Absetzbeträge ...	
a	Müssen beantragt werden
b	Verringern die Bemessungsgrundlage für die Steuer
c	Verringern die Steuer selbst
d	Werden direkt vom Finanzamt ausbezahlt

**FRAGEN ZU:****E Kaufmännische und finanzielle Leitung des Unternehmens im Güterverkehr**

---

1. Ein Kredit gilt als?	
a	Umlaufvermögen
b	Fremdkapital
c	Anlagevermögen
d	Eigenkapital

2. Was ist ein Kontokorrentkredit?	
a	Ein Kreditbetrag, den man zu einem vereinbarten Datum zurückbezahlt haben muss
b	Ein Kredit, der vor dem vereinbarten Datum zurückbezahlt werden kann
c	Ein Kreditrahmen, bei dem das Konto bis zum vereinbarten Betrag belastet werden kann
d	Ein Kredit mit variablen Kreditzinsen

3. Was ist ein Darlehen?	
a	Die Bank stellt einen bestimmten Betrag auf einmal zur Verfügung, der in Raten zurückbezahlt wird.
b	Die Bank stellt einen bestimmten Betrag zur Verfügung, während der Kreditnehmer eine Sicherheit zur Verfügung stellt, etwa ein Grundstück oder ein Haus
c	Die Bank stellt einen Betrag zur Verfügung, wobei die Rückzahlung der Raten immer einen variablen Zinssatz unterliegen
d	Die Bank stellt monatlich über einen gewissen Zeitraum einen Betrag zur Verfügung, der am Ende der Laufzeit auf einmal zurückbezahlt werden muss

4. Was ist eine Bankgarantie?	
a	Die Bank haftet mit dem gleichen Betrag wie der Kreditnehmer
b	Die Bank garantiert bis zu einem bestimmten Rahmen, dass Zahlungen vom Konto getätigt werden können
c	Die Bank haftet für einen bestimmten Betrag
d	Die Bank garantiert einen gewissen Überziehungsrahmen des Unternehmenskontos

5. Was ist eine Hypothek?	
a	Eine Bankgarantie
b	Die Besicherung des Kredites erfolgt durch Übergabe von Wertgegenständen. Die Bank kann bei Nichtbezahlen dieses Pfand verkaufen
c	Ein Haftungskredit
d	Der Kreditnehmer verpfändet ein Grundstück oder ein Gebäude. Das Pfandrecht wird ins Grundbuch eingetragen. Bei Zahlungsunfähigkeit kann die Bank darauf zurück greifen

6. Was ist eine Zession?	
a	Das Eigentumsrecht von beweglichen Wirtschaftsgütern wird an die Bank verpfändet. Die Bank ist damit Eigentümerin bis zur vollständigen Zurückzahlung des Kredites
b	Der Kreditnehmer tritt als Sicherheit seine offenen Forderungen an die Bank ab
c	Der Kreditnehmer unterschreibt einen Blankowechsel. Kann er nicht bezahlen, stellt die Bank diesen Wechsel fällig
d	Eine Bankbürgschaft

7. Was ist eine Kautio?	
a	Eine Sicherheitsleistung
b	Eine Hinterlegung
c	Eine Stundung
d	Eine Haftung

8. Was ist Leasing?	
a	Ein Kredit mit einem fixen Zinssatz und einer fixen Laufzeit. Am Ende kann man entscheiden, ob man das Wirtschaftsgut übernimmt oder gegen ein neues tauscht und den Leasingvertrag neu beginnen lässt
b	Ein Kredit für die Anschaffung von Wirtschaftsgütern mit fixer Laufzeit
c	Es werden Wirtschaftsgüter angemietet und können je nach Vertrag am Ende der Laufzeit zum Restkaufpreis oder mit der letzten Rate übernommen werden
d	Ein Kredit für Wirtschaftsgüterbeschaffung mit variabler Laufzeit

9. Was ist eine Bürgschaft?	
a	Ein kreditwürdiger Bürger nimmt einen Kredit für seinen Freund auf und stellt diesem den Kreditbetrag zur Verfügung
b	Ein kreditwürdiger Bürger unterstützt den tatsächlichen Kreditnehmer mit Zahlungen zwischendurch
c	Ein kreditwürdiger Bürger verpflichtet sich, die Verbindlichkeiten des Kreditnehmers zu bezahlen, falls dieser zahlungsunfähig wird
d	Die Bank garantiert eine Haftung mit dem gleichen Betrag wieder Kreditnehmer

10. Was ist ein Lieferantenkredit?	
a	Beim Lieferantenkredit verleiht der Lieferant Kapital an seinen Geschäftspartner
b	Der Geschäftspartner bietet seinem Lieferanten ein Kapital gegen Zinsen an
c	Der Lieferant übernimmt die Bürgschaft für seinen Geschäftspartner
d	Beim Lieferantenkredit stundet der Lieferant dem Unternehmen die Bezahlung der Rechnung für einen gewissen Zeitraum

11. Was ist Factoring?	
a	Die Faktorisierung in der Buchhaltung
b	Die gesamten Forderungen werden vor Fälligkeit an eine Factoring-Bank verkauft. Diese übernimmt die Debitorenbuchhaltung, das Mahnwesen und das Kreditrisiko.
c	Die Berechnung der Faktoren Soll-und Haben in der Buchhaltung
d	Die Berechnung der Faktoren für den variablen Kreditzins

12. Was versteht man unter Skonto?	
a	Durch die Erfüllung des Zahlungszieles in sehr kurzer Zeit, verringert sich der ursprüngliche Rechnungspreis um einige Prozent. Dieser Prozentsatz ist auf der Rechnung ausgeführt.
b	Skonto ist eine prozentuelle Verringerung des Kreditzinses.
c	Unter Skonto versteht man die volle Ausnutzung des Zahlungszieles.
d	Der Lieferant verzichtet auf die Einhaltung des Zahlungszieles und verlängert die Frist zur Begleichung der Rechnung.

13. Auf der Rechnung eines Lieferanten stehen folgende Konditionen: 30 Tage Zahlungsziel oder 2 % Skonto innerhalb von 10 Tagen. Wie viel kostet dem Unternehmen die Inanspruchnahme des Lieferantenkredites?	
a	Jeden Tag fallen 2 % mehr Zinsen an
b	Ab dem 10. Tag fallen jeden Tag 2 % mehr Zinsen an
c	Ab dem 10. Tag erhöht sich der Rechnungsbetrag um 2 Prozent
d	Bei Bezahlung bis zum 10. Tag kann der Skonto abgezogen werden und der Unternehmer bezahlt keine Zinsen.

14. Die Eingangsrechnung eines Lieferanten beträgt 12.000 Euro inkl. 20 % USt. Zahlungsziel: 30 Tage oder 2 % innerhalb von 10 Tagen. Was erspart man sich, wenn man innerhalb von 10 Tagen die Rechnung begleicht?	
a	120 Euro
b	140 Euro
c	240 Euro
d	260 Euro

15. Was versteht man unter Miete?	
a	Miete ist das Entgelt, das der Vermieter vom Mieter erhält, weil dieser auf Zeit eine Sache zum Gebrauch überlassen bekommen hat
b	Eine Leasingrate
c	Als Miete bezeichnet man die Zinsen eines vereinbarten Betrages, den man als Mieter monatlich an den Vermieter leisten muss
d	Als Miete bezeichnet man die Benützungsgebühr, die bei Gebrauch einer Sache anfällt. Die Höhe richtet sich nach der Anzahl Verwendung.

16. Was ist ein Scheck?	
a	Ein Scheck ist vergleichbar mit einer Gutschrift
b	Ein Scheck ist die Anweisung des Ausstellers an seine Bank, eine Zahlung an den Schecknehmer zu leisten. Er darf nur auf eine Bank gezogen werden.
c	Ein Scheck ist die Anweisung des Ausstellers an eine Bank, eine Zahlung an den Schecknehmer zu leisten. Er kann auf verschiedene Banken gezogen werden
d	Ein Scheck ist eine Haftungserklärung



17. Was ist eine Kreditkarte?	
a	Eine Kreditkarte ist eine Karte, mit der man nur an Bankomaten Geld beheben kann
b	Eine Kreditkarte ist eine Zahlungskarte mit der man in Geschäften bargeldlos bezahlen kann und das Geld sofort vom Konto abgebucht wird
c	Eine Kreditkarte ist eine Karte, deren Geld in Kryptowährung abgerechnet wird.
d	Eine Kreditkarte ist eine Zahlungskarte, mit der bargeldlos bezahlt oder an Automaten über Bargeld verfügt werden kann.

18. Was versteht man unter betrieblicher Buchführung/Buchhaltung?	
a	Unter der betrieblichen Buchführung (Buchhaltung) versteht man die Aufzeichnung sämtlicher betrieblicher Abläufe und die getroffenen Entscheidungen zu Arbeitsabläufen.
b	Unter der betrieblichen Buchführung (Buchhaltung) versteht man sämtliche tägliche Arbeitsaufzeichnungen der MitarbeiterInnen sowie deren Stammdaten und die Sozialversicherungsnummer.
c	Unter der betrieblichen Buchführung (Buchhaltung) versteht man alle schriftlichen Aufzeichnungen, die den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens sowie dessen Vermögenslage nachweisen.
d	Unter der betrieblichen Buchführung (Buchhaltung) versteht man genormte Statistiken und Zahlen über betriebliche Abläufe, die den MitarbeiterInnen als Leitfaden für die betrieblichen Arbeitsprozesse dienen.

19. Nennen Sie die Aufgaben der betrieblichen Kostenrechnung im Rechnungswesen?	
a	Die betriebliche Kostenrechnung hat unter anderem die Aufgabe, Grundlagen für die Berechnung (Kalkulation) der Preise zu liefern.
b	Die betriebliche Kostenrechnung hat unter anderem die Aufgabe, dem betrieblichen Steuerberater Buchungsunterlagen bereitzustellen.
c	Die betriebliche Kostenrechnung hat unter anderem die Aufgabe, dem Finanzamt Auskunft die die Steuerlast zu erteilen.
d	Die betriebliche Kostenrechnung hat unter anderem die Aufgabe, die Höhe der Kammerumlage zu errechnen.

20. Was versteht man im Rechnungswesen unter Privatentnahme?	
a	Privatentnahmen sind alle Zahlungen an den Geschäftsführer im Rahmen seines Geschäftsführergehaltes.
b	Privatentnahmen sind alle nicht betrieblich veranlassten Entnahmen (z.B. Entnahmen von Bargeld, Waren oder betrieblichen Anlagen).
c	Privatentnahmen sind sämtliche betrieblichen Gegenstände, welche die Mitarbeiter im Rahmen des Homeoffice zu Hause verwenden.
d	Privatentnahmen sind alle Zuführungen von Wirtschaftsgütern aus dem privaten, außerbetrieblichen Bereich in das Betriebsvermögen.

21. Was versteht man im Rechnungswesen unter Vorsteuer?	
a	Unter Vorsteuer versteht man jene Umsatzsteuer, die der Unternehmer an andere Unternehmer für erbrachte Lieferungen und sonstigen Leistungen in Rechnung gestellt hat.
b	Unter Vorsteuer versteht man jene Umsatzsteuer, die der Unternehmer nach den gesetzlichen Vorgaben an die Kunden verrechnen muss.
c	Unter der Vorsteuer versteht man jene Umsatzsteuer, die dem Unternehmer von anderen Unternehmern für an ihn erbrachte Lieferungen oder sonstigen Leistungen in Rechnung gestellt wurde.
d	Unter Vorsteuer versteht man jene Umsatzsteuer, die der Unternehmer immer dann verrechnen muss, wenn er eine Leistung im Rahmen seiner geschäftlichen Tätigkeit erbracht hat.

22. Welche Antwort beschreibt den Begriff „Bilanz/Jahresabschluss“ richtig?	
a	Der Jahresabschluss bzw. die Bilanz beschreibt ausschließlich die betriebliche Inventur innerhalb einer Abrechnungsperiode.
b	Der Jahresabschluss bzw. die Bilanz bildet sämtliche betrieblichen Arbeitsabläufe für prüfende Behörden ab.
c	Der Jahresabschluss bzw. die Bilanz bildet ausschließlich bei bereits geschlossenen Unternehmen den letzten Akt der Geschäftstätigkeit.
d	Der Jahresabschluss bzw. die Bilanz bildet den Schlussstein der Buchführung in einer Abrechnungsperiode.

23. Was versteht man im Rechnungswesen bzw. in der Bilanz unter Anlagenabschreibung?	
a	Unter der Anlagenabschreibung versteht man den Ausdruck der Wertminderung eines abnutzbaren Anlagengutes. Durch die planmäßige Anlagenabschreibung werden die Anschaffungskosten eines Anlagegutes auf die Nutzungsdauer verteilt als Aufwand berücksichtigt.
b	Unter der Anlagenabschreibung versteht man den Ausdruck der Wertminderung eines abnutzbaren Anlagengutes. Durch die planmäßige Anlagenabschreibung werden die Betriebskosten eines Anlagegutes auf die Nutzungsdauer verteilt als Aufwand berücksichtigt.
c	Unter der Anlagenabschreibung versteht man den Ausdruck der Wertminderung eines abnutzbaren Anlagengutes. Durch die planmäßige Anlagenabschreibung werden die Betriebskosten eines Anlagegutes auf die Nutzungsdauer verteilt als Ertrag berücksichtigt.
d	Unter der Anlagenabschreibung versteht man den Ausdruck der Wertsteigerung eines abnutzbaren Anlagengutes. Durch die planmäßige Anlagenabschreibung werden die Anschaffungskosten eines Anlagegutes auf die Nutzungsdauer verteilt als Ertrag berücksichtigt.

24. Was versteht man in der Bilanz bzw. im Jahresabschluss unter Rechnungsabgrenzung?	
a	Aufgabe der Rechnungsabgrenzung ist die Ausweisung der Erträge. Periodenrein sind die Erträge dann, wenn jene Beträge ausgewiesen sind, die wirtschaftlich in die Abschlussperiode gehören.
b	Aufgabe der Rechnungsabgrenzung ist die periodenreine Ausweisung von betrieblichen Anlagegütern, welche aus dem Anlagevermögen innerhalb des Wirtschaftsjahres ausgeschieden sind.
c	Aufgabe der Rechnungsabgrenzung ist die periodenreine Ausweisung der Aufwände und Erträge. Periodenrein sind die Aufwände und Erträge dann, wenn jene Beträge ausgewiesen sind, die wirtschaftlich in die Abschlussperiode gehören.
d	Aufgabe der Rechnungsabgrenzung ist die periodenreine Ausweisung der Umsatz und Vorsteuer sämtlicher im Betrieb verbuchten Buchhaltungsbelege.

25. Was versteht man unter Bilanz/ Jahresabschluss im weiteren Sinn?	
a	Die Bilanz bzw. der Jahresabschluss umfasst ausschließlich die Darstellung des Vermögens- und des Kapitalaufbaues.
b	Die Bilanz bzw. der Jahresabschluss umfasst nicht nur die Darstellung des Vermögens- und des Kapitalaufbaues, sondern auch die innerbetriebliche Inventur sowie die Personalabrechnung.
c	Die Bilanz bzw. der Jahresabschluss umfasst ausschließlich die Gewinn- und Verlustrechnung und bei Kapitalgesellschaften auch den Anhang zum Jahresabschluss.
d	Die Bilanz bzw. der Jahresabschluss umfasst nicht nur die Darstellung des Vermögens- und des Kapitalaufbaues, sondern auch die Gewinn- und Verlustrechnung und bei Kapitalgesellschaften auch den Anhang zum Jahresabschluss.

26. Was ist eine Gewinn-und-Verlust-Rechnung (GuV)?	
a	In dieser Rechnung stellen Unternehmen ihre Aufwendungen ihrer Steuerlast gegenüber, um so die Zahlungslast an das Finanzamt darzustellen. Zudem stellt man die Quellen des Ergebnisses dar.
b	In dieser Rechnung stellen Unternehmen ihre Aufwendungen ihren Erträgen gegenüber, um so das Unternehmensergebnis zu ermitteln. In der GuV tauchen alle erfolgsrelevanten Daten eines Geschäftsjahres auf.
c	Dieser Rechnung zeigt eine Darstellung des Vermögens- und des Kapitalaufbaues und auch die innerbetriebliche Inventur sowie die Personalabrechnung.
d	In dieser Rechnung stellen Unternehmen ihren Kassa- und Bankkontenstand dar.

27. Was ist gemeint, wenn man in der Bilanzanalyse von Kennzahlen spricht?	
a	Kennzahlen informieren in konzentrierter Form über wichtige betriebswirtschaftliche Sachverhalte wie Vermögens- und Finanzierungsstruktur, Kosten- und Ertragsstruktur, Liquidität, Produktivität sowie Ertrags- und Innenfinanzierungskraft.
b	Kennzahlen informieren über die Gesellschaftsform sowie über die Besitzverhältnisse des Unternehmens.
c	Kennzahlen geben Auskunft über die wesentlichsten Basisdaten im Unternehmen wie z.B. die Steuernummer beim Finanzamt, die UID-Nummer oder der IBAN des Firmenbankkontos.
d	Kennzahlen geben Auskunft über die Sozialversicherungsnummern der MitarbeiterInnen und müssen in jeder Bilanz angeführt sein.

28. Was ist das Ziel einer Kennzahlen- und Bilanzanalyse?	
a	Kennzahlen informieren in konzentrierter Form über wichtige betriebswirtschaftliche Sachverhalte wie Vermögens- und Finanzierungsstruktur, Kosten- und Ertragsstruktur, Liquidität, Produktivität sowie Ertrags- und Innenfinanzierungskraft.
b	Kennzahlen informieren über die Gesellschaftsform sowie über die Besitzverhältnisse des Unternehmens.
c	Kennzahlen geben Auskunft über die wesentlichsten Basisdaten im Unternehmen wie z.B. die Steuernummer beim Finanzamt, die UID-Nummer oder der IBAN des Firmenbankkontos.
d	Kennzahlen geben Auskunft über die Sozialversicherungsnummern der MitarbeiterInnen und müssen in jeder Bilanz angeführt sein.

29. Welche Erklärung beschreibt im Anlageverzeichnis den Begriff „Buchwert“ richtig?	
a	Der Buchwert beschreibt ausschließlich den Anschaffungswert einer Anlage.
b	Der Buchwert beschreibt die Höhe der bereits getätigten Abschreibungen einer Anlage.
c	Der Buchwert beschreibt die Restnutzungsdauer einer Anlage.
d	Der Buchwert ist die Differenz zwischen dem Anschaffungswert und der Summe der bereits vorgenommenen Abschreibungsbeiträge.

30. Welche Erklärung beschreibt im Rechnungswesen den Begriff „Rückstellungen“ richtig?	
a	Rückstellungen sind laufende Kredite, die das Abschlussjahr betreffen, und noch nicht vollständig getilgt sind.
b	Rückstellungen sind Kapitalbereitstellungen für Aufwendungen, die das Abschlussjahr betreffen, der Höhe und/oder der Fälligkeit nach jedoch noch nicht feststehen.
c	Rückstellungen sind zukünftige Kapitalerträge, die das Abschlussjahr betreffen, der Höhe und/oder der Fälligkeit nach jedoch noch nicht feststehen.
d	Rückstellungen sind Rückzahlungen vom Finanzamt an das Unternehmen, die das Folgejahr betreffen, der Höhe und/oder der Fälligkeit nach jedoch noch nicht feststehen.

31. Was versteht man im betrieblichen Rechnungswesen unter „Kostenstelle“	
a	Unter Kostenstelle versteht man sämtliche Eingangsrechnungen eines Bilanzjahres.
b	Unter Kostenstellen versteht man die Personalkosten nach MitarbeiterInnen aufgegliedert.
c	Unter Kostenstellen versteht man betriebliche Teilbereiche, die in der Kostenrechnung als selbstständige Abrechnungsbereiche dienen.
d	Unter Kostenstellen versteht man sämtliche betrieblichen Sozialaufwendungen für die MitarbeiterInnen.

32. Was versteht man im betrieblichen Rechnungswesen unter „Valuten“?	
a	Als Valuten bezeichnet man ausländisches Geld in Form von Banknoten oder Münzen.
b	Als Valuten bezeichnet man auf fremde Währung lautende Guthaben im Ausland sowie auf fremde Währungen lautende, im Ausland zahlbare Wechsel und Schecks.
c	Als Valuten bezeichnet man auf fremde Währung lautende Forderungen bei Kunden im Ausland.
d	Als Valuten bezeichnet man auf fremde Währungen lautende Zahlungsverpflichtungen bei Lieferanten.

33. Was versteht man unter Liquidität?	
a	Liquidität ist die Sicherheit, dass ein Unternehmen einen Kredit bedienen kann.
b	Liquidität bedeutet, dass das Unternehmen Zahlungsengpässe haben kann.
c	Liquidität bedeutet, dass das Unternehmen keine Schulden hat.
d	Liquidität ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit termingerecht seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

34. Was versteht man unter Lohnnebenkosten?	
a	Vom Unternehmen sind zu bezahlen: Sozialversicherungs-Dienstgeberanteil, Dienstgeberbeitrag, Dienstnehmerzuschlag und Kommunalsteuer. Diese Abgaben betragen rund 30 % des Bruttolohnes und sind monatlich zu bezahlen.
b	Vom Unternehmen sind zu bezahlen: Sozialversicherungs-Dienstgeberanteil, Dienstgeberbeitrag, Dienstnehmerzuschlag und Kommunalsteuer. Diese Abgaben betragen rund 40 % des Bruttolohnes und sind monatlich zu bezahlen.
c	Vom Unternehmen sind zu bezahlen: Sozialversicherungs-Dienstgeberanteil, Dienstgeberbeitrag, Dienstnehmerzuschlag und Kommunalsteuer. Diese Abgaben betragen rund 50 % des Bruttolohnes und sind monatlich zu bezahlen.
d	Vom Unternehmen sind zu bezahlen: Sozialversicherungs-Dienstgeberanteil, Dienstgeberbeitrag, Dienstnehmerzuschlag und Kommunalsteuer. Diese Abgaben betragen rund 20 % des Bruttolohnes und sind monatlich zu bezahlen.

35. Ein Mitarbeiter hat einen monatlichen Bruttolohn von 2.000 Euro. Was kostet der Mitarbeiter dem Unternehmen pro Jahr?	
a	2.000 Euro x 12 Gehälter + 30% Lohnnebenkosten
b	2.000 Euro x 14 Gehälter + 40% Lohnnebenkosten
c	2.000 Euro x 12 Gehälter + 40% Lohnnebenkosten
d	2.000 Euro x 14 Gehälter + 30% Lohnnebenkosten

36. Was sind variable Kosten?	
a	Variable Kosten sind immer saisonal abhängig.
b	Variable Kosten ändern sich direkt mit dem Beschäftigungsgrad bzw. mit der Auslastung.
c	Variable Kosten sind ausschließlich Kosten, die sich auf die gefahrenen Kilometer beziehen.
d	Zu den variablen Kosten zählen unter anderem auch Zinsrückzahlungen von Krediten, die sich an der Leitzinsschwankung orientieren.

37. Was versteht man unter Fixkosten?	
a	Fixkosten sind Kosten, die sich weder mittelfristig noch langfristig ändern.
b	Zu den Fixkosten zählen unter anderem der Energieverbrauch.
c	Fixkosten sind Kosten, die immer anfallen, egal wie hoch oder nieder die Auslastung des Betriebes ist
d	Die Fixkosten sind am höchsten, wenn der Betrieb voll ausgelastet ist.

38. Was versteht man unter Eigenkapital?	
a	Das Eigenkapital ist die Differenz der Schulden eines Unternehmens und des Vermögens
b	Das Eigenkapital wird den Aktiva der Bilanz zugeordnet.
c	Eigenkapital kann dem Unternehmen nur von innen zugeführt werden.
d	Das Eigenkapital ist derjenige Anteil des Kapitals, der den Eigentümern eines Unternehmens gehört. Also der Anteil, der nicht durch Kredite oder sonstige Geldgeschäfte finanziert wurde.

39. Was versteht man unter Fremdkapital?	
a	Das Fremdkapital ist das Gegenteil von Eigenkapital und bildet den Aktiva.
b	Fremdkapital ist das Kapital das von außen eingebracht wird und nicht zurückgezahlt werden muss.
c	Als Fremdkapital bezeichnet man die Schulden, Verbindlichkeiten und Rückstellungen eines Unternehmens und muss zurückgezahlt werden.
d	Fremdkapital wird auch als Umlaufvermögen bezeichnet.

40. Was versteht man unter Umlaufvermögen?	
a	Das Umlaufvermögen ist unter Aktiva abgebildet und umfasst in der Bilanz alle Vermögenswerte, die nur kurze Zeit im Geschäftsprozess verbleiben.
b	Umlaufvermögen ist unter Aktiva abgebildet und umfasst alle langfristigen Vermögenswerte im Geschäftsprozess.
c	Umlagevermögen ist auf der Passiv-Seite abgebildet für die Vermögenswerte im Geschäftsprozess
d	Zum Umlaufvermögen zählt auch der eigene Fuhrpark.

41. Was versteht man unter Anlagevermögen?	
a	Das Anlagevermögen sind Wertanlagen, die Zinsen bringen
b	Das Anlagevermögen spiegelt sich in den Rohstoff, - Hilfs- und Betriebsstoffvorräten wider
c	Das Anlagevermögen sind Vermögenswerte, die dem Unternehmen immer wieder kurz zur Verfügung stehen im Rahmen des Geschäftsprozesses.
d	Das Anlagevermögen ist die auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesene Teil der Vermögensgegenstände, die am Bilanzstichtag dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb eines Unternehmens dauernd zu dienen.



42. Was ist der Deckungsbeitrag?	
a	Als Deckungsbeitrag bezeichnet man die Differenz zwischen Erlösen und variablen Kosten
b	Als Deckungsbeitrag bezeichnet man die Differenz der Fixkosten und der variablen Kosten.
c	Als Deckungsbeitrag bezeichnet man den Umsatz minus der Fixkosten, minus der variablen Kosten.
d	Als Deckungsbeitrag bezeichnet man das Nullsummenspiel zwischen Einnahmen und Ausgaben. Wenn man so viel einnimmt, wie man ausgibt, sind die Kosten gedeckt.

43. Wie lautet die Formel für den Deckungsbeitrag?	
a	Deckungsbeitrag = Umsatz - Fixkosten
b	Deckungsbeitrag = Erlöse - variable Kosten - Fixkosten
c	Deckungsbeitrag = Erlöse - variable Kosten
d	Deckungsbeitrag = Umsatz - Fixkosten - variable Kosten

44. Was untersucht die Break-Even-Analyse?	
a	Die Break-Even-Analyse untersucht, ab welcher Absatzmenge das Unternehmen die Gewinnschwelle erreicht.
b	Die Break-Even-Analyse untersucht, wo sich Gewinn und Verlust ausgleichen.
c	Die Break-Even-Analyse untersucht, ab wann man den Deckungsbeitrag erreicht hat.
d	Die Break-Even-Analyse untersucht, welcher Umsatz notwendig ist, um schwarze Zahlen zu schreiben.

45. Wo sind die Bestimmungen zur Normalarbeitszeit, Ruhepausen, Nachtarbeit und vieles mehr verbindlich geregelt?	
a	im Gesetz.
b	in Fachzeitschriften.
c	im Kollektivvertrag.
d	das muss mein Steuerberater wissen.

46. Wie viele Urlaubstage stehen einer LenkerIn pro Kalenderjahr zu?	
a	Es gelten die Bestimmungen des Urlaubsgesetzes.
b	Immer 25 Tage.
c	Immer 30 Tage.
d	Immer 20 Tage.

47. Können Sie als Arbeitgeber die Arbeitszeit Ihrer MitarbeiterInnen frei nach Ihren Wünschen und den betrieblichen Notwendigkeiten einteilen?	
a	Ja, immer.
b	Ja, solange die Arbeitszeiten im Rahmen der Normalarbeitszeit liegen, in einem Arbeits-/Dienstplan erfasst sind und dieser Plan zeitgerecht den ArbeitnehmerInnen zugänglich gemacht wurde.
c	Nein, den Dienstplan erstellt immer der Betriebsrat.
d	Nein, ich muss den Arbeits-/Dienstplan immer in Abstimmung mit den ArbeitnehmerInnen erstellen.

48. Welche Hilfsmittel kennen Sie um die Arbeiten in Ihrem Unternehmen zu organisieren?	
a	Stundenplan
b	Organigramm, Aufgabenverteilungsplan und Stellenbeschreibung
c	Teamkalender
d	Persönliche Gespräche

49.	Gibt es bezüglich Überstunden irgendetwas zu beachten?
a	Ja, diese sind 1:1 auszahlbar.
b	Nein, meine Arbeitnehmer haben dann zu arbeiten, wenn ich es ihnen sage.
c	Nein, das ist eine direkte Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
d	Ja, die Bestimmungen des Kollektivvertrages.

50.	Was bedeutet Marketing?
a	In Marketing steckt das Wort „Markt“ - also geht es darum, die Bedürfnisse (potentieller) Kunden mit den eigenen Produkten zu befriedigen.
b	Der Verkauf meiner Transportdienstleistung.
c	Der Einkauf von frischem Obst und Gemüse bei einem Marktstand.
d	Wer die schönste Werbung hat, bekommt den Auftrag.

51.	An wen richtet sich „Öffentlichkeitsarbeit“?
a	An ausgewählte Kunden (VIPs).
b	An alle Menschen auf der ganzen Welt.
c	An wichtige öffentliche Personengruppen, die für das Unternehmen relevant sind (Stakeholder).
d	An alle Menschen im deutschen Sprachraum.

52.	Die „Wort-Bild-Marke“ eines Unternehmens zählt zu den wichtigsten Werbebotschaften. Worum handelt es sich dabei?
a	Um das Foto und den Namen des Firmen-Chefs.
b	Ein professionell geschriebener Werbetext.
c	Um das Firmen-Logo und den Firmen-Slogan (-Schriftzug).
d	Ein Foto das die Tätigkeit des Unternehmens wiedergibt.

53. Ist eine Kundenkartei wichtig und wenn ja, warum?	
a	Ja ist sie, um treffsicher und zielgenau meine eigenen Kunden über Neuigkeiten des Unternehmens informieren zu können (Werbung, Marketing, Veranstaltungen, etc.).
b	Nein, brauche ich nicht, mir reicht es wenn ich die Handynummern und vielleicht ein paar e-mail-Adressen eingespeichert habe.
c	Nein, ich habe ja nur einen Auftraggeber und will auch nicht mehr.
d	Ich denke schon, muss mir aber erst überlegen, was ich mit den Daten anfangen kann. Vielleicht kann ich die Daten ja mit Gewinn verkaufen.

54. Wenn Sie in Ihrer Kundendatei Informationen über Ihre Kunden speichern, haben Sie dann gesetzliche Verpflichtungen zu beachten?	
a	Ja, natürlich! Die Daten müssen immer aktuell sein, sonst sind sie ja nichts wert.
b	Ja, muss ich. Diese müssen in einem bestimmten Dateiformat sein, damit sie möglichst vielfältig einsetzbar sind.
c	Nein, muss ich nicht. Die Daten habe ich gesammelt und die gehören mir.
d	Unter anderem muss ich mich an das Datenschutzgesetz (DSG) und die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) halten.

55. Was ist eine Transportversicherung grundsätzlich?	
a	Eine Haftpflichtversicherung des Fahrzeuges mit der Option einer Teil- oder Vollkaskoversicherung - ähnlich dem normalen PKW, nur eben für LKW.
b	Eine Schadenersatzversicherung für die Insassen. Gedeckt sind also gesundheitliche Folgekosten im Falle eines Unfalles.
c	Eine Transportversicherung ist vom Kunden abzuschließen, damit sein Hab und Gut während der Beförderung versichert ist.
d	Eine Schadenersatzversicherung für transportierte Güter während der Beförderung und transportbedingter Aufenthalte und Lagerung gegen Verlust und Beschädigung.

56. Üblicherweise sind Sie im KEP-Bereich tätig. Ein Kunde möchte Sie damit beauftragen Wertgegenstände quer durch Österreich zu transportieren...	
a	Ja klar, kein Problem! Darf ich, kann ich, mach ich!
b	Nein, das darf ich nicht, weil es meine Gewerbeberechtigung nicht zulässt.
c	Bespreche ich mit dem Kunden um welche Art von Wertgegenständen es sich handelt, und mit meinem Versicherungsagenten welche richtigen Versicherungen ich dafür benötige, und welche Kosten das verursacht.
d	Wertgegenstände dürfen nur mit einem Panzerwagen transportiert werden, also lehne ich den Auftrag ab.

57. Wenn Sie eine, dem Transportgut entsprechende, Transportversicherung abgeschlossen haben, ist Ihr Unternehmen dann diesbezüglich jeglicher Haftung entbunden?	
a	Da die Haftung für die ordnungsgemäße Verpackung der Kunde und für die Ladungssicherung die LenkerIn trägt, ja.
b	Ich hafte nur, wenn meine LenkerIn einen Unfall verursacht.
c	Ja, dafür bekommt die Versicherung ja eine Stange Geld!
d	Nein, ich muss dafür Sorge tragen, dass jegliches Ladegut entsprechend sachgemäß verpackt, verladen und gesichert ist.

58. Was ist eine CMR-Versicherung?	
a	CMR steht für „Customer Management Relations“ und versichert Risiken in der Verarbeitung von Kundendaten.
b	Die CMR-Versicherung ist eine Frachtführerhaftungsversicherung und umfasst alle wesentlichen Risiken für die der Frachtführer nach dem Gesetz in Anspruch genommen werden kann.
c	Das ist eine „Wald- und Wiesen-Versicherung“ die nur Geld kostet und nichts bringt.
d	CMR bedeutet „Critical Measurement Ratio“ und bezieht sich auf kritische Geschwindigkeitsmessungen. Versichert sind Strafen auf Grund von Geschwindigkeitsübertretungen.

59. Welche KFZ-Versicherungen kennen Sie?	
a	Paket-Versicherung
b	Arbeitslosen-Versicherung
c	Haftpflicht-, Teil-Kasko-, Voll-Kasko-Versicherung
d	Elementarschaden-Versicherung (Feuer, Blitz, Steinschlag,...)

60. Was sind Telematik-Anwendungen ganz generell?	
a	Eine Zusammenführung von TELEkommunikations- und InforMATIK-Anwendungen.
b	Apps am Smartphone.
c	Eine Vision aus einem Science-Fiction-Roman.
d	Eine andere Bezeichnung für das Funkgerät.

61. Wer hat einen Nutzen vom Einsatz von Telematik-Anwendungen im Straßengüterverkehr?	
a	Facebook & Co.
b	Alle am Straßengüterverkehr beteiligten Stakeholder.
c	Nur die Politik.
d	In erster Linie die Umwelt.

62. Was ist KEINE Telematik-Anwendung im Straßengüterverkehr?	
a	Das Monitoring von Kühltemperaturen bei Kühl- oder Tiefkühltransporten.
b	CB-Funk
c	Navigationssysteme
d	Digitale Verkehrsleitsysteme, die auf Umwelteinflüsse (z.B. Feinstaubbelastung, Verkehrsaufkommen, Wochentag,...) reagieren.

63. In welchem Umfang setzen große Logistik-Unternehmen Telematik-Anwendungen ein?	
a	Zu wissen welches Paket ist zu welchem Zeitpunkt wo, auf welchem Transportmittel und wird wann im nächsten Lager oder beim Kunden eintreffen, ist für große Logistik-Unternehmen unabdingbar notwendig.
b	Telematik-Anwendungen sind für solche Unternehmen von keiner Bedeutung.
c	Nur in geringem Ausmaß.
d	Sie verwenden nur das was serienmäßig in den Fahrzeugen eingebaut ist.

64. Übermitteln Sie (bzw. Ihr Unternehmen, Ihre Mitarbeiter oder Ihre Fahrzeuge) automatisiert Daten an Stakeholder des Straßen-Güterverkehrs?	
a	Auf keinen Fall! Die Daten die mein Unternehmen generiert gehören nur meinem Unternehmen!
b	Nicht, wenn ich es vermeiden kann.
c	Nur an von mir selbst auserwählte Partner, von denen mein Unternehmen dann auch Geld bekommt.
d	Ja, laufend jede Menge!

65. Was sind „Allgemeine Geschäftsbedingungen“?	
a	AGB werden vom Gesetz festgelegt und gelten immer und überall.
b	AGB legt jedes Unternehmen, im Rahmen der Gesetze, selbst fest, müssen Kunden vor der Auftragserteilung übermittelt werden, und gelten als integrierter Bestandteil eines Transport-Vertrages/ -auftrages.
c	„Allgemeine Geschäftsbedingungen“ gelten nur im Handel.
d	„Allgemeine Geschäftsbedingungen“ gibt es nicht.

66. Was sind „Incoterms“?	
a	Das sind die Grenzen innerhalb derer die Temperatur bei Kühl- bzw. Tiefkühltransporten liegen muss.
b	„Incoterms“ regeln die Rechte und Pflichten von Käufer und Verkäufer in Bezug auf Kosten, Risiko, Versicherung, Be- und Entladung, Transportdokumente, Zölle, Steuern, Verpackung und einiges mehr.
c	„Incoterme“ gibt's nur in der Mathematik - hat mit Güterbeförderung nichts zu tun.
d	Thermen sind Heilbäder und haben nichts mit der Güterbeförderung zu tun.

67. Wie viele Merkmale (laut website der WKO) gibt es, die jede Rechnung beinhalten muss?	
a	3
b	25
c	11 - 12
d	5

68. Bei Verrechnungen zwischen zwei Unternehmen: Muss eine oder mehrere UID-Nummern auf einer Rechnung angeführt werden?	
a	Nein, keine.
b	Ja, nur die des Auftraggebers.
c	Ja, nur die des Auftragnehmers.
d	Ja, alle beide - also sowohl die des Auftragnehmers, als auch die Auftraggebers.



69. Was bedeutet „Reverse-Charge“?	
a	Reversieren meint, wenn ich mit meinem Fahrzeug wende.
b	...ist die Umkehr der Steuerschuld auf den Leistungsempfänger bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (B2B).
c	„charging“ meint „aufladen“ und steht damit im Bezug zum Ladevorgang eines e-Fahrzeuges.
d	...meint die Rückkehrverpflichtung der Lenker zur Einhaltung der Wochenendruhe.

70. ... ist ein „Hilfsgewerbetreibender“ im Güterverkehr.	
a	Fahrzeughändler
b	Spediteur
c	Versicherungsagent
d	Fahrzeugproduzent

71. ... ist kein „Hilfsgewerbetreibender“ im Güterverkehr.	
a	Spediteur
b	Lagerhalter
c	Kraftfahrzeugsachverständiger
d	Verkehrspolizist

**FRAGEN ZU:**  
**F Marktzugang**

---

1. Was ist ein Befähigungsnachweis?	
a	Nachweis über die gesundheitlichen Voraussetzungen für das Gewerbe.
b	Nachweis über die Fahrtauglichkeit von Fahrzeugen.
c	Nachweis über die fachlichen Kenntnisse der Branche.
d	Nachweis über die persönliche Zuverlässigkeit.

2. Was ist ein Gewerbeausschlussgrund?	
a	Es wird geprüft, dass die Ware immer pünktlich ihr Ziel erreicht.
b	Es wird geprüft, wie hoch die Kundenzufriedenheit ist.
c	Es wird geprüft, ob ich zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagessätzen verurteilt wurde.
d	Es wird geprüft, ob ich zu einer Geldstrafe von bis zu 180 Tagessätzen verurteilt wurde.

3. Wie hoch ist die finanzielle Leistungsfähigkeit für das erste Fahrzeug?	
a	€ 500,--
b	€ 1.500,--
c	€ 900,--
d	€ 1.800,--

4. Wie kann die finanzielle Leistungsfähigkeit nachgewiesen werden	
a	Bescheinigung des ehemaligen Arbeitgebers.
b	Bescheinigung durch das Finanzamt.
c	Bescheinigung durch die Hausbank.
d	Bescheinigung durch die Wirtschaftskammer.

5. In welchem Rhythmus müssen die Konzessionsvoraussetzungen nachgewiesen werden?	
a	5 Jahre
b	6 Jahre
c	3 Jahre
d	7 Jahre

6. Welche Papiere benötige ich bei Fahrten ins Ausland?	
a	EU-Lizenz
b	Mitgliederdatenauszug der Wirtschaftskammer
c	Geburtsurkunde des Firmeninhabers
d	Vertrag über den Werkverkehr

7. Was benötige ich für die Zulassung eines KFZ bis 3,5t im Güterverkehr?	
a	Eine EU-Lizenz für das zuzulassende Fahrzeug.
b	Die Bestätigung der finanziellen Leistungsfähigkeit i.H.v. € 1.500.
c	Informationen zum letzten Halter des Fahrzeuges.
d	Bestätigung der jeweiligen Fachgruppe der Landeskammer, dass im Rahmen des Konzessionsumfanges die Möglichkeit besteht, einen weiteren LKW zuzulassen.

8. Was muss bei einem gemieteten Fahrzeug mitgeführt werden?	
a	Beschäftigungsvertrag des Lenkers sowie der Mietvertrag des Fahrzeugs.
b	Bestätigung des Kunden, dass er mit einem Mietfahrzeug einverstanden ist.
c	Erklärung des Unternehmers, warum ein Mietfahrzeug benötigt wird.
d	Eine Bestätigung der Wirtschaftskammer zum Fahrzeug.

9. Wann ist von einer Scheinselbstständigkeit auszugehen?	
a	Wenn ich viele verschiedene Auftraggeber habe?
b	Wenn ich ein EPU bin.
c	Wenn es genaue Vorschriften durch meinen einzigen Auftraggeber gibt und ich nur an diese gebunden bin und auch keine eigenen Betriebsmittel besitze.
d	Wenn ich gemeinsam mit meinem Mitarbeiter Fahrzeuge tausche.

10. Sind Sie als Kleintransporteur verpflichtet einen CMR Frachtbrief mitzuführen.	
a	Ja.
b	Nein, hierzu besteht keine verwaltungsstrafrechtliche Verpflichtung.
c	Nein, hierzu besteht keine zivilstrafrechtliche Verpflichtung.
d	Ja, aber nur bei einer Fracht über € 10.000,--.

11. Sind Sie als Kleintransporteur dazu verpflichtet eine EU-Lizenz in die Schweiz mitzuführen?	
a	Ja.
b	Nein, dies regelt das Landesverkehrsabkommen.
c	Ja, wenn dies vom Auftraggeber gewünscht wird.
d	Nein, wenn ich eine Befreiung durch die Kantonspolizei habe.

12. Wo kann die Zollabwicklung stattfinden?	
a	Rathausplatz.
b	Amtsplatz.
c	Parkplatz.
d	Rastplatz.

13. Welche Formen eines „Carnet“ kennen Sie?	
a	Carnet ATP
b	Carnet ATA
c	Carnet RIT
d	An Carnet DPC

14. Welche Arten von Zollanmeldung gibt es?	
a	Mündlich.
b	Elektronisch.
c	Mittels Kurier.
d	Per Whats App.

15. Nennen Sie die Mitgliedsstaaten der EFTA	
a	Spanien, Island, Norwegen, Schweiz.
b	Lettland, Schweiz, Rumänien, Belgien.
c	Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.
d	Malta, Türkei, Schweiz, Deutschland.

16. Was für ein Zolldokument wird benötigt, wenn Sie Waren von der Schweiz über Österreich nach Deutschland verbringen möchten?	
a	T 3
b	T 1
c	ATA
d	CPD

17. Auf welche Arten kann in Österreich Zoll berechnet werden?	
a	Wertzoll.
b	Zeit Zoll.
c	Wegzoll.
d	Streckenzoll.

18. Muss ich auch im Ausland ein Lenkprotokoll führen.	
a	Das darf jeder Unternehmer selbst entscheiden.
b	Nein ich muss nur im Innland ein Lenkprotokoll führen.
c	Ja, Lenkprotokolle sind tagesbezogen und personenbezogen zu führen.
d	Ja, Lenkprotokolle sind personenbezogen zu führen.

19. Muss das Lenkprotokoll unterschrieben werden?	
a	Ja, von dem zuständigen Personalverrechner.
b	Nein, es genügt eine Zuordnung durch die Namensangabe.
c	Ja, von dem Lenker und dem handelsrechtlichen Geschäftsführer.
d	Ja, die Unterschrift muss durch den Lenker erfolgen.

**FRAGEN ZU:**  
**G Normen und technische Vorschriften**

---

1. Welche gesetzliche nationale Vorschrift regelt den Transport von gefährlichen Gütern auf der Straße?	
a	GGBG
b	GütbefG
c	StVO
d	KFG

2. Welche gesetzliche internationale Vorschrift regelt den Transport von gefährlichen Gütern auf der Straße?	
a	Verordnung (EU) 2020/1054
b	FZV
c	Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr
d	ADR

3. Wie lange sind die Gefahrgutbeauftragtenprüfung und der Gefahrgutlenkerschein gültig?	
a	1 Jahr
b	3 Jahre
c	5 Jahre
d	7 Jahre

4. Was benötigt ein Unternehmen, das Gefahrgut transportiert?	
a	Gefahrgutbeauftragten
b	Gefahrgutausweis
c	Gefahrgutbeschilderung
d	Gefahrgutfahrtenbuch

5. Kann jedes Fahrzeug für den Gefahrguttransport verwendet werden?	
a	Ja
b	Nein, es benötigt eine spezielle Ausrüstung
c	Nein, nur Fahrzeuge über 3,5t
d	Nein, nur weiße Fahrzeuge
6. Welche Zeiten betrifft das LKW-Fahrverbot?	
a	An Samstagen von 15 bis 24 Uhr und an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 22 Uhr
b	An Samstagen von 12 bis 24 Uhr und an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr
c	An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr
d	An Samstagen von 12 bis 22 Uhr und an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 22 Uhr

7. Gibt es Ausnahmen vom LKW-Fahrverbot?	
a	Nein
b	Ja, nur für verderbliche Lebensmittel
c	Ja, aber nur individuell auf Antrag
d	Ja, es gibt mehrere Ausnahmen

8. Wo ist das LKW-Wochenendfahrverbot geregelt?	
a	GütbefG
b	StVO
c	KFG
d	FSG



9. Was fällt unter verderbliche Lebensmittel?	
a	Frishes Obst und Gemüse, frische Milch und Milcherzeugnisse, frischer Fisch und Fischerzeugnisse, frisches Fleisch und Fleischerzeugnisse
b	Tiefgekühlter Fisch und Fischerzeugnisse und tiefgekühltes Fleisch und Fleischerzeugnisse
c	Obst und Gemüse
d	Milch und Milcherzeugnisse
10. Welche gesetzliche Anforderungen gibt bei Tiefkühlprodukten betreffend der Produkttemperatur?	
A	- 4 Grad oder tiefer
B	- 12 Grad oder tiefer
C	- 18 Grad oder tiefer
D	- 22 Grad oder tiefer
11. Was benötigt ein Unternehmen, das Viehtransport durchführt?	
a	Betriebsbezogene Zulassung und personenbezogener Befähigungsnachweis
b	Betriebsbezogene Zulassung und mindestens 5 Mitarbeiter
c	Betriebsbezogene Zulassung und zusätzliche Abstellplätze
d	Betriebsbezogene Zulassung und einen internen Veterinärmediziner
12. Wie lange darf der Kurztransport von Tieren maximal dauern?	
a	4 Stunden
b	8 Stunden
c	12 Stunden
d	16 Stunden

13. Die Unternehmenszulassung bei Viehtransporten ist auf welchem Zeitraum befristet?	
a	3 Jahre
b	5 Jahre
c	7 Jahre
d	Keine Befristung

14. Wie bezeichnet man das Datenbanksystem, welches von den Unternehmen im Zusammenhang mit Viehtransporten verpflichtend anzuwenden ist?	
a	TRACES NT
b	CONTROL NT
c	ANIMAL NT
d	TRADE NT

15. Was versteht man unter Transportfähigkeit im Zusammenhang mit Viehtransporten?	
a	Fähigkeit bzw. Zulassung des Tieres, transportiert zu werden
b	Fähigkeit bzw. Zulassung des Fahrzeuges, Tiere zu transportieren
c	Fähigkeit bzw. Zulassung des Unternehmens, Tiertransporte durchzuführen
d	Fähigkeit bzw. Zulassung des Fahrers, Tiertransporte durchzuführen
16. Wo befinden sich die gesetzlichen Regelungen betreffend Ladungssicherung?	
a	Ladungssicherungs-VO
b	StVO und GütbefG
c	KFG und GütbefG
d	StVO, KFG und FSG

17. Wie berechnet sich der Sicherungsbedarf?	
a	Der Sicherungsbedarf berechnet sich, indem man die Reibung von den Beschleunigungskräften abzieht.
b	Der Sicherungsbedarf berechnet sich ausschließlich durch die Gewichtskraft.
c	Der Sicherungsbedarf berechnet sich, indem man die Beschleunigungskraft und die Gewichtskraft zusammenrechnet.
d	Der Sicherungsbedarf berechnet sich ausschließlich durch die Bremskraft.

18. Wie geht man vor, wenn das hintere Ende der Ladung das Fahrzeug mehr als 1 Meter überragt?	
a	Das Fahrzeug muss entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die gesamte Fahrt über mit eingeschalteten Warnblicher fahren.
b	Es notwendig, eine Sondergenehmigung einzuholen.
c	Die Ladung entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen und ist daher nicht sicher verladen.
d	Das hintere Ende der Ladung ist deutlich zu kennzeichnen und mit einer weißen Tafel mit rotem Rand aus rückstrahlendem Material zu versehen. Bei Dunkelheit ist diese Tafel zu beleuchten.

19. Wer ist für die ordnungsgemäße Ladungssicherung verantwortlich?	
a	Lenker
b	Lenker, Frächter und Verlader
c	Verlader und Frächter
d	Frächter

20. Was ist KEIN Ausscheidkriterium für einen Zurrigurt?	
a	Fehlendes Etikett
b	Einschnitte seitlich
c	Unzulässige Verknotung
d	Erreichtes Ablaufdatum

21. Welche Aussage trifft auf den Kombinierten Verkehr zu?	
a	Kombinierter Verkehr mit nur einem Verkehrsträger ist möglich
b	Kombinierter Verkehr muss zumindest teilweise auf der Straße erfolgen
c	Es müssen immer mehrere Verkehrsträger zum Einsatz gelangen
d	Kombinierter Verkehr muss zumindest teilweise auf der Schiene erfolgen

22. Was versteht man unter „rollender Landstraße“?	
a	Eine Unterform des innerstaatlicher Güterverkehr
b	Ausschließliche Güterbeförderung auf der Schiene
c	Eine Kombination aus Straßen- und Schienenverkehr
d	Eine Unterform der Kabotage

23. Keine Form des kombinierten Verkehrs ist	
a	der Huckepackverkehr
b	der Werkverkehr
c	der Vorlaufverkehr
d	der Nachlaufverkehr

24. Welche verkehrspolitische Aussage ist falsch?	
a	Durch kombinierten Verkehr werden die Straßen vom LKW-Verkehr entlastet
b	Kombinierter Verkehr verringert im Regelfall die Umweltbelastung, insbesondere beim Einsatz von Schienenverkehr
c	Durch kombinierter Verkehr kommt es zu einer Reduktion von Straßenverkehrsunfällen
d	Durch kombinierten Verkehr kommt es in Summe zu einem viel größerem Energieverbrauch

25. Kombiniertes Verkehr - Wochenendfahrverbot in Österreich: welche Aussage trifft zu?	
a	Fahrten im Rahmen des kombinierten Verkehrs sind generell vom Wochenendfahrverbot ausgenommen
b	Es gibt für den kombinierten Verkehr keine Ausnahme vom Wochenendfahrverbot
c	Be- und Entladebahnhöfe bzw. Be- und Entladehäfen können immer angefahren werden
d	Es gibt eine eingeschränkte Ausnahme im Radius von 65 km von durch Verordnung festgelegten Be- und Entladebahnhöfen bzw. Be- und Entladehäfen

26. Was muss der Lenker in einem Fahrzeug mit digitalem Kontrollgerät nicht mitführen?	
a	Fahrerkarte
b	Papier für den Drucker
c	Leere Tachoscheiben
d	Allenfalls Bestätigung über lenkfreie Tage

27. Welche Aussage ist falsch?	
a	Von 1. November bis 15. April sind in Lkw mit mehr als 3,5 t hzG geeignete Schneeketten für mindestens 2 Antriebsräder mitzuführen.
b	Von 1. November bis 15. April sind bei Lkw mit mehr als 3,5 t hzG an den Rädern einer Antriebsachse Winterreifen anzubringen.
c	Hat die Antriebsachse des LKW eine Zwillingsbereifung, müssen vier Winterreifen verwendet werden.
d	Bei LKW mit mehr als 3,5 t hzG müssen von 1. November bis 15. April auf allen Achsen Winterreifen angebracht werden.

28. Welche Angabe muss bei einem LKW an der rechten Außenseite des Fahrzeuges nicht angebracht werden?	
a	Name des Zulassungsbesitzers
b	Eigenwicht des Fahrzeuges
c	Höchstzulässiges Gesamtgewicht des Fahrzeuges
d	Höchstzulässige Achslasten

29. Welche Aussage über die wiederkehrende Begutachtung gemäß § 57a-Überprüfung („Pickerl-Überprüfung“) trifft auf LKW zu?	
a	Die Überprüfung muss spätestens vier Monate nach dem gelochten Kalendermonat durchgeführt werden
b	Die Überprüfung muss spätestens einen Monat nach dem gelochten Kalendermonat durchgeführt werden
c	Die Begutachtung kann frühestens drei Monate vor dem gelochten Kalendermonat erfolgen
d	Die erste wiederkehrende Begutachtung des LKW erfolgt drei Jahre nach Erstzulassung

30. In welchem Dokument steht das Eigengewicht des Fahrzeuges?	
a	Kaufvertrag des Fahrzeuges
b	Zulassungsschein
c	Gemeinschaftslizenz (EU-Lizenz)
d	grüne Versicherungskarte

31. Wie berechnet man die Nutzlast eines Fahrzeuges?	
a	Höchstzulässiges Gesamtgewicht der Ladung. Die höchstzulässige Nutzlast wird bei der Fahrzeuggenehmigung errechnet und steht im Zulassungsschein.
b	Höchstzulässiges Gesamtgewicht zuzüglich Eigenwicht
c	Höchstzulässiges Gesamtgewicht geteilt durch 2
d	Eigengewicht zuzüglich Achslasten

32. Dürfen Sie die höchstzulässigen Achslasten Ihres Fahrzeuges überschreiten?	
a	Nein
b	Ja, immer: es handelt sich nur um eine Empfehlung
c	Ja, mit einer Ausnahmegenehmigung (Sondertransport)
d	Ja, aber nur mit Zustimmung des Zulassungsbesitzers

33. Maximale Breite eines LKW?	
a	3 Meter
b	2,20 Meter
c	2,55 Meter (Kühlwagen 2,60 Meter)
d	2,10 Meter (Kühlwagen 2,15 Meter)

34. Welche Höhe darf ein LKW maximal haben?	
a	1,50 Meter
b	4 Meter
c	2,70 Meter
d	3 Meter

35. Wie schnell darf ein LKW ab 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht tagsüber auf der Autobahn fahren?	
a	130 km/h
b	100 km/h
c	80 km/h
d	70 km/h

**FRAGEN ZU:  
H Straßenverkehrssicherheit**

---

<b>1. Was regelt die Straßenverkehrsordnung (StVO)?</b>	
a	Die Straßenverkehrsordnung ist ein österreichisches Bundesgesetz, mit dem der Betrieb und Verkehr von Kraftfahrzeugen und Anhängern auf Straßen mit öffentlichem Verkehr geregelt ist.
<b>b</b>	<b>Die Straßenverkehrsordnung regelt das Verhalten aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum.</b>
c	Die Straßenverkehrsordnung regelt die gewerblichen Rahmenbedingungen für das Gewerbe des Gütertransportes.
d	Die Straßenverkehrsordnung regelt die Beförderung gefährlicher Güter mit Eisenbahn-, Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen.

<b>2. Was bedeutet das Kürzel IG-L?</b>	
a	Inlandsschutzgesetz- Luft
b	Inntalautobahnschutzgesetz- Luft
<b>c</b>	<b>Immissionsschutzgesetz- Luft</b>
d	Immissionsschutzverordnung- Luft

<b>3. Sie haben eine Lenkberechtigung der Klasse C. Inwieweit berechtigt Sie diese?</b>	
<b>a</b>	<b>Die Lenkberechtigung berechtigt zum Lenken von Kraftfahrzeugen mit nicht mehr als 8 Personen außer dem Lenker und von Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t.</b>
b	Die Lenkberechtigung berechtigt zum Lenken von Kraftfahrzeugen mit mehr als 8 Personen außer dem Lenker und von Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von weniger als 3,5 t und Sonderfahrzeugen sowie von Bussen - sofern keine Fahrgäste befördert werden.
c	Die Lenkberechtigung berechtigt zum Lenken von Kraftfahrzeugen mit mehr als 8 Personen samt dem Lenker und von Kraftwagen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von weniger als 3,5 t und Sonderfahrzeugen sowie von Bussen - sofern keine Fahrgäste befördert werden.
d	Die Lenkberechtigung berechtigt zum Lenken von Kraftfahrzeugen mit mehr als acht Plätzen für beförderte Personen außer dem Lenkerplatz.



<b>4. Welche Bestimmungen für den Alkoholkonsum gelten für Lkw-Lenker?</b>	
a	Mein Atemalkoholgehalt darf nicht mehr als 0,1 mg/l betragen.
<b>b</b>	<b>Mein Blutalkoholgehalt darf nicht mehr als 0,1 Promille betragen.</b>
c	Mein Blutalkoholgehalt darf bis zu 0,5 Promille betragen.
d	Mein Atemalkoholgehalt darf bis zu 0,25 mg/l betragen.

<b>5. Die Rettungsgasse. Welche der folgenden Aussagen ist richtig. Markieren Sie bitte die zutreffende Antwort.</b>	
a	Erhöht die Überlebenschancen der Unfallopfer um bis zu 60 Prozent.
<b>b</b>	<b>Einsatzkräfte sind bis zu 4 Minuten schneller und sicherer am Unfallort als bisher über den Pannestreifen.</b>
c	Auf zweispurigen Fahrbahnen ordnen sich alle Fahrzeuge auf der linken Spur parallel zum Straßenverlauf am rechten Fahrbahnrand ein.
d	Die Rettungsgasse dürfen ausschließlich Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und Rettung befahren.

Pflichten des Zulassungs- bzw. Fahrzeugbesitzers

<b>6. Sie stellen fest, dass an Ihrem Fahrzeug über Nacht die Front- und Rückscheinwerfer entwendet worden sind. Wie verhalten Sie sich richtig, bevor Sie die Fahrt antreten?</b>	
a	Tagsüber brauche ich die Beleuchtung nicht. Das Unternehmen soll mir vorgeben, was ich zu tun habe.
b	Ich fahre zur nächstgelegenen Werkstatt und erstatte keine Anzeige bei der Polizei, da eine Anzeige ohnehin keinen Erfolg haben wird.
c	Ich führe meinen Fahrauftrag aus, und kümmere mich dann darum
<b>d</b>	<b>Ich erstatte bei der Polizei Anzeige und fahre nur bei guter Sicht ohne Scheinwerfer eine Werkstatt an.</b>

<b>7. Welche Maßnahmen sind bei einem Verkehrsunfall mit bloßem Sachschaden zu setzen?</b>	
a	Ich verlasse so rasch als möglich den Unfallort, um andere nicht zu gefährden.
<b>b</b>	<b>Austausch der Namen und Anschriften der Unfallbeteiligten.</b>
c	Ich wirke an der Feststellung der Schuldfrage mit.
d	Bei kleinen Sachschäden biete ich meinem Unfallgegner Geld an.

8. Welche Ladung ist zu sichern?	
a	Nur die, die verrutschen kann.
b	Nur Gefahrgut.
c	<b>Jede, es sei denn der sichere Betrieb des Fahrzeugs ist auch ohne Ladungssicherung nicht beeinträchtigt, niemand wird durch die Ladung gefährdet und die Ladegüter können den Laderaum nicht verlassen.</b>
d	Nur schwere Lasten.

9. Sie führen für ein österreichisches Güterbeförderungsunternehmen mit einem LKW einen Transport innerhalb Österreich durch. Welche Dokumente müssen Sie dabei mitführen?	
a	<b>Beglaubigte Abschriften aus dem GISA und das in § 17 GüterBefG vorgesehene Begleitpapier.</b>
b	Eine Strafregisterbescheinigung
c	Einen Betriebsanlagengenehmigungsbescheid für die LKW-Abstellplätze
d	EU-Fahrerbescheinigung

10. Kontrollgeräte/Tachographen dienen zur Aufzeichnung der Lenk- und Ruhezeiten, der Wegstrecke, der Geschwindigkeit und der Tagesaktivitäten. Welche Fahrzeuge müssen mit geeigneten Fahrtschreibern und Wegstreckenmessern ausgerüstet sein?	
a	Fahrzeuge zur Beförderung von Material, Ausrüstung oder Maschinen, die der Fahrer zur Ausübung seines Berufes benötigt (z.B. Dachdecker, Tischler).
b	Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht unter 3,5 t, wenn diese in Kombination mit einem Anhänger bzw. Sattelanhänger das höchste zulässige Gesamtgewicht von 3,5 t übersteigen und gewerblich genutzt werden.
c	Fahrzeuge mit Elektroantrieb mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 4 250 kg, die im Umkreis von 50 km vom Standort des Unternehmens zur Güterbeförderung verwendet werden.
d	<b>Lastkraftwagen und Sattelzugfahrzeuge mit einem hzG von mehr als 3 500 kg und Omnibusse. Ab 2026 müssen auch Fahrzeuge zwischen 2 500 u. 3 500 kg im grenzüberschreitenden Verkehr verpflichtend den Tachographen bzw Kontrollgeräte benutzen.</b>

<b>11. Die Verrichtung welcher Tätigkeiten wird in einer kurzen Fahrpause empfohlen?</b>	
a	<b>Auflockerungsübungen, spazieren gehen.</b>
b	Fernsehen.
c	Im Fahrzeug sitzen bleiben und warten bis die Pause vorbei ist
d	Lesen.

<b>12. Wodurch kann die Widerstandfähigkeit gegen Stress erhöht werden?</b>	
a	Durch regelmäßigen Alkoholkonsum.
b	<b>Durch regelmäßiges Mentaltraining.</b>
c	Durch Schlafmangel.
d	Durch Bewegungsmangel.

<b>13. Was bedeutet auf Autobahnen eine blinkende Notrufsäule?</b>	
a	Der Streckendienst soll sich melden.
b	Notrufsäule außer Betrieb.
c	<b>Vorsicht Behinderung auf der Fahrbahn.</b>
d	Notrufsäule in Betrieb.

<b>14. Welchen Sicherheitsabstand haben Sie als Lenker eines Lkws auf Freilandstraßen einzuhalten, wenn Sie hinter einem Fahrzeug mit größeren Längsabmessungen (z.B. Lkw oder Omnibus) fahren?</b>	
a	25 m
b	200 m
c	„1 Sekunde Abstand“
d	<b>50 m</b>

15. Sie kommen als Erstes zu einem Unfallort. Welche Maßnahmen setzen sie?	
a	Ich schalte das Warnblinklicht ein, ziehe eine Warnweste an und sichere die Unfallstelle mit einem Warndreieck in genügender Entfernung ab. Anschließend leiste ich Erste Hilfe und alarmiere die Rettungskräfte
b	Ich bleibe im Fahrzeug sitzen und informiere meine nächsten Kunden über den Unfall und einer Lieferverzögerung
c	Ich stelle das Fahrzeug quer zur Fahrbahn, steige aus und warne per Handzeichen die nachkommenden Fahrzeuge
d	Ich bleibe im Fahrzeug sitzen und mache zur Beweissicherung Fotos von der Unfallstelle

## SCHRIFTLICHER TEIL II - ÜBUNGEN

### ÜBUNGEN ZU: A Bürgerliches Recht

---

1.	Angenommen ein Unternehmer A stellt Fahrzeug und Fahrer einem Unternehmer B zur Verfügung, der die Fahrt und die Ladung nach der Weisung des Auftraggebers B zu verbringen hat. Um welchen Vertrag handelt es sich dabei?
a	Dienstvertrag
b	Werkvertrag
c	Lohnfuhrvertrag
d	Mietvertrag

2.	Käufer K erhält eine beschädigte Ware und reklamiert bei Verkäufer V. V weigert sich Schadenersatz zu leisten, wozu ist er allerdings verpflichtet?
a	Zuerst zu Austausch oder Verbesserung
b	Zuerst zu Preisminderung
c	Zuerst zu Wandlung (=Vertragsaufhebung und Rückabwicklung)
d	Zuerst Verbesserung oder Preisminderung

**ÜBUNGEN ZU:  
B Handelsrecht**

---

1. Aus der GmbH XY scheidet der gewerberechtliche Geschäftsführer mit 01.05. aus. Wie lange hat die GmbH Zeit einen neuen gew. GF einzustellen?	
a	Unmittelbar = per 01.05.
<b>b</b>	<b>Nach spätestens 6 Monaten = per 01.11.</b>
c	Nach spätestens 3 Monaten = 01.08.
d	Nach spätestens einem Jahr = 01.05. des Folgejahres

2. Aufgrund der Covid-Krise sinkt das Unternehmen in die roten Zahlen. Eine Insolvenz ist unausweichlich. Wie ist in diesem Falle vorzugehen?	
a	Die Insolvenz muss bei der Wirtschaftskammer gemeldet werden und im Anschluss die Fahrzeuge abgemeldet werden.
<b>b</b>	<b>Die Insolvenz ist beim Landesgericht anzumelden, das Konkursverfahren wird eröffnet und ein Masseverwalter wird bestellt</b>
c	Die Insolvenz ist bei der Gewerbebehörde zu melden, das Lösungsverfahren wird eröffnet und ein Zwangsvollstreckener beauftragt
d	Die Insolvenz muss einem Notar angezeigt werden und dieser entscheidet über die weitere Vorgehensweise

ÜBUNGEN ZU:  
C Sozialrecht

---

1.	Ein mit einem Kleintransportfahrzeug unter 3,5 Tonnen im KEP-Dienst tätiger Mitarbeiter erhält am Montag 6.00 Uhr nach Ende seiner gesetzlichen Wochenruhezeit einen Beförderungsauftrag. Die dafür notwendige reine Fahrzeit der einfachen Strecke beträgt 7 Stunden, als Ladezeit (Entladung + Verstauen der Rückladung) wird 1 Stunde veranschlagt. An welchem Tag um welche Uhrzeit kann der Fahrer frühestens wieder zurück sein ?
a	Montag 22.00 Uhr
b	Dienstag 7.00 Uhr
<b>c</b>	<b>Dienstag 9.00 Uhr</b>
d	Dienstag 10.00 Uhr

2.	Ein Lenker eines Kleintransportunternehmens (2. Dienstjahr) war in seiner gesamten Beschäftigungszeit im Unternehmen bisher noch nicht im Krankenstand und hat auch noch keinen Urlaub konsumiert. Von einem anderen Unternehmen hat der tüchtige Lenker nun ein attraktiveres Job-Angebot erhalten, welches er annimmt und was er der Lohnverrechnerin seines bisherigen Arbeitgebers auch telefonisch mitteilt. Ab wann kann der Lenker seinen Wechsel ins neue Unternehmen durchsetzen ?
a	Sobald ab dem Telefonat Kündigungsfrist-/und Termin eingehalten sind
b	Sofort, weil er genug Urlaubsanspruch hat, den er bis zum regulären Ende des Dienstverhältnisses sofort antreten kann
c	Wenn er in Krankenstand geht, sofort
<b>d</b>	<b>Erst sobald Kündigungsfrist-/und Termin ab Zugang einer schriftlichen Kündigung eingehalten sind</b>

3. Ein Kleintransportlenker hat vor 6 Monaten bei einer Auftragsfahrt einen Unfall mit erheblichen Schäden an der Fracht sowie am Firmenfahrzeug verursacht, die nicht durch Versicherungen abgegolten wurden. Unfallursache waren erhebliche Geschwindigkeits-überschreitung sowie nicht erfolgte Ladungssicherung. Der Arbeitgeber des Lenkers hat den Lenker damals in einem Gespräch deutlich abgemahnt, angesichts des anstehenden Weihnachtsgeschäfts die Sache aber vorerst auf sich beruhen lassen. Der Lenker ist inzwischen aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden. Sein bisheriger Arbeitgeber möchte in der Sache nun doch noch gerichtlich Schadenersatzansprüche erheben. Kann der ehemalige KT-Lenker so noch belangt werden ? (Antwort-Begründung beachten!)

<u>a</u>	Nein, weil der Arbeitgeber Ansprüche gegen den Lenker nicht innerhalb von 3 Monaten schriftlich geltend gemacht hat
b	Ja, weil die gesetzliche Verjährungsfrist noch nicht verstrichen ist
c	Nein, weil Schäden im Geschäft ausschließlich Risiko der Firma sind
d	Ja, weil der Lenker grob fahrlässig gehandelt hat



**ÜBUNGEN ZU:  
D Steuerrecht**

---

1. Sie liefern ein Paket nach Deutschland und legen im Anschluss die Rechnung. Sie müssen nun entscheiden ob Sie diese Rechnung mit USt oder ohne USt ausstellen. Welche Informationen benötigen Sie um die Rechnung in Bezug auf die USt richtig auszustellen?	
a	Die Lieferadresse in Deutschland
b	Das Gewicht des Pakets
c	UID Nummer des Leistungsempfängers
d	Die Abmessungen des Pakets

2. Sie haben neben ihrem Transportunternehmen welches Sie im Rahmen einer KG führen noch ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis und vermieten eine Wohnung. All diese Einkünfte müssen Sie versteuern. In welcher Form müssen Sie dies dem Finanzamt melden?	
a	Einnahmen-Ausgabenrechnung
b	Lohnsteuerabgleich
c	Umsatzsteuervoranmeldung
d	Einkommensteuererklärung

## ÜBUNGEN ZU:

### E Kaufmännische und finanzielle Leitung des Unternehmens im Güterverkehr

---

<p>1. In einer internen Besprechung mit Ihren MitarbeiterInnen unterstreichen diese, dass sie gerne für Ihr Unternehmen arbeiten und auch flexibel sind was die Arbeitszeiten betrifft. Dennoch äußern sie den Wunsch nach mehr Planbarkeit in Bezug auf die Freizeit. Müssen sie Ihren MitarbeiterInnen die Normalarbeitszeit (NAZ - wer arbeitet an welchen Tagen von wann bis wann) bzw. deren Änderungen/Verschiebungen auf Grund betrieblicher Notwendigkeiten bekannt geben?</p>	
a	<p>Die NAZ steht im Kollektivvertrag und beträgt 40h. Wie diese zu verteilen sind obliegt einzig und allein dem Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer erfahren wann sie arbeiten müssen, sobald die Aufträge im Detail geplant werden.</p>
b	<p>Die NAZ beträgt laut Kollektivvertrag 40h. Im Arbeitsvertrag wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgeschrieben wie sich diese verteilen. Eine nachträgliche Änderung ist nicht mehr möglich.</p>
c	<p>Die NAZ beträgt laut Kollektivvertrag 40h. Im Arbeitsvertrag wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgeschrieben wie sich diese verteilen. Eine Änderung ist nur im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich, stellt eine Änderung des Arbeitsvertrages dar und muss dementsprechend schriftlich und mit beidseitiger Unterschrift erfolgen.</p>
d	<p>Die NAZ steht im Kollektivvertrag und beträgt 40h. Die Verteilung richtet sich nach der Auftragslage und kann seitens des Arbeitgebers bei Bedarf angepasst werden, wobei das Arbeitszeitgesetz vorsieht, dass die Arbeitnehmer über Änderungen der NAZ mindestens zwei Wochen im Vorhinein informiert werden müssen.</p>

<p>2. Auf Grund betrieblicher Notwendigkeiten haben Sie einen Auftrag an einen Sub-Unternehmer aus dem EU-Ausland übergeben. Worauf müssen Sie bei der Kontrolle der Eingangsrechnung besonders Acht geben?</p>	
a	Da es sich um ein Unternehmen aus einem anderen EU-Land handelt, und die Formvorschriften überall gleich sind, muss ich auf nichts Besonderes achten.
b	Neben den üblichen Formvorschriften müssen zusätzlich noch jedenfalls die UID-Nummern beider Unternehmen, sowie der Vermerk „Reverse Charge“ angeführt sein.
c	Da „Reverse Charge“ nur bei einer Zusammenarbeit mit Unternehmen außerhalb des EWR relevant ist, auf nichts.
d	In der gewerblichen Güterbeförderung ist die Auftragsvergabe an Sub-Unternehmen, auf Grund der besonderen Haftungsbestimmungen, nicht möglich. Daher stellt sich die Frage erst gar nicht.

**ÜBUNGEN ZU:**  
**F Marktzugang**

---

1. Die Behörde prüft alle 5 Jahre ob Ihre Zugangsvoraussetzungen für die grenzüberschreitende Güterbeförderung ab 2,5t bis einschließlich 3,5t gegeben ist. Was müssen Sie tun wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist?	
a	Ich nehme einen Kredit auf und meine Hausbank klärt die weitere Vorgehensweise mit der Verkehrsrechtsabteilung.
b	Ich muss mit meiner Unterschrift die finanzielle Leistungsfähigkeit bestätigen und dieses formlose Schreiben an die Behörden übermitteln.
c	Ich muss in binnen Frist, von höchstens 6 Monaten den Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit erbringen, hierzu zählt die Bestätigung meines Steuerberaters oder aber meiner Hausbank, ansonsten wird mir die Gewerbeberechtigung entzogen.
d	Zur Vermeidung von Vermögensschäden wird mir sofort meine Konzession entzogen, eine Möglichkeit diese neuerlich nachzuweisen besteht nicht.

2. Sie transportieren mit Ihrem Fahrzeug eine Ware von Österreich in ein anderes EU-Land, welche Unterlagen haben Sie mitzuführen?	
a	Für die Fahrt sind Führerschein und einen CMR-Frachtbrief ausreichend.
b	Für die Fahrt sind EU-Lizenz und Fahrerbescheinigung ausreichend.
c	Für die Fahrt sind Gewerbeberegisterauszug und der Führerschein ausreichend.
d	Für die Fahrt müssen jedenfalls GISA-Auszug und EU-Lizenz mitgeführt werden.

3. Sie erhalten eine Anfrage mit der Bitte Ware in St. Gallen (CH) abzuholen und diese nach Zürich zu transportieren, wie gehen Sie vor?	
a	Ich freue mich als Österreichisches Unternehmen über diesen Auftrag und vermerke die UID Nummer auf der Auftragsbestätigung.
b	Diese Transportanfrage ist leider abzulehnen, da in der Schweiz striktes Kabotageverbot herrscht.
c	Ich übernehme die Transportdienstleistung einmalig, da dies vom Landesverkehrsabkommen gedeckt und zulässig ist.
d	Ich überbringe die Ware in einem Fahrzeug, welches auf einen anderen in der Schweiz ansässigen Unternehmer zugelassen ist.

**ÜBUNGEN ZU:**  
**G Normen und technische Vorschriften**

---

1. Sie nehmen ein Fahrzeug (LKW mit Kühlaufbau) in Betrieb mit einer Fahrzeugbreite von 2,60 m. Ladegut sind leicht verderbliche Lebensmittel. Das Fahrzeug entspricht der Abgasnorm EURO III. Der Transport soll an einem Samstag in der Zeit von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr erfolgen. Die Wegstrecke ist von Kufstein nach Steinach am Brenner über die Autobahnen A12/A13. Welche Problematik ergibt sich?	
a	Fahrzeug übersteigt die höchstzulässige Fahrzeugbreite von 2,55 m
b	Transport fällt unter LKW-Wochenendfahrverbot
c	Keine Problematik, Transport ist zulässig
d	Fahrzeug entspricht nicht Abgasnorm EURO 6 (auf dieser Fahrstrecke vorgeschrieben)

2. Transport von Gefahrgut Benzin (Tankfahrzeug, Kennzeichnung 33/1203) von Villach nach Salzburg (A10 Tauernautobahn). Was gilt es zu beachten?	
a	Lenker braucht ADR-Ausbildung, äußere Kennzeichnung des Gefahrgutes am Fahrzeug erforderlich, Beförderungspapiere gemäß ADR sind mitzuführen, Tunnelbegleitung erforderlich (ab 5 km Tunnellänge)
b	Lenker braucht ADR-Ausbildung, Beförderungspapiere gemäß ADR sind mitzuführen, Lenker muss Gefahrgutbeauftragter sein
c	Lenker muss Gefahrgutfahrtenbuch führen, äußere Kennzeichnung des Gefahrgutes am Fahrzeug erforderlich, Tunnelbegleitung jedenfalls nicht erforderlich
d	Keine besonderen Voraussetzungen, da reine Inlandsbeförderung

**ÜBUNGEN ZU:**  
**H Straßenverkehrssicherheit**

---

<b>1. Sie sitzen am Abend mit Freunden in einer Bar und trinken 2 Bier. Der Chef ruft an und fragt, ob Sie noch einen kurzen Transport durchführen können. Welche Antwort geben sie ihrem Vorgesetzten?</b>	
a	Mein Atemalkoholgehalt darf nicht mehr als 0,1 mg/l betragen.
b	Mein Blutalkoholgehalt darf nicht mehr als 0,1 Promille betragen.
c	Mein Blutalkoholgehalt darf bis zu 0,5 Promille betragen.
d	Mein Atemalkoholgehalt darf bis zu 0,25 mg/l betragen.

<b>2. Beim rückwärts Ausparken nach ihrer Entladung beschädigen sie den PKW hinter ihnen den sie leider nicht gesehen haben. Dieser PKW gehört einem Mitarbeiter der Firma wo sie gerade entladen haben. Welche Maßnahmen sind bei bloßem Sachschaden zu setzen?</b>	
a	Ich verlasse so rasch als möglich den Unfallort, um andere nicht zu gefährden.
b	Austausch der Namen und Anschriften der Unfallbeteiligten.
c	Ich wirke an der Feststellung der Schuldfrage mit.
d	Bei kleinen Sachschäden biete ich meinem Unfallgegner Geld an.